

STROMSONDERABKOMMEN GEWERBE, NETZGEBIET GRONAU



Auftrag zur Lieferung elektrischer Energie für den Jahresverbrauch von bis zu 100.000 kWh für berufliche, landwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke durch die Stadtwerke Gronau GmbH (SWG), Laubstiege 19, 48599 Gronau

Versionsnummer:
711/2019-01-01/1

1. Kunde / Kundin (im Weiteren „Kunde“)

Herr Frau Firma

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname und Name	Geburtsdatum*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
bei Firma: Inhaber/persönlich haftender Gesellschafter/Vorstand/Geschäftsführer	bei Firma: Registergericht/-nummer
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Kundennummer (falls bekannt)	Verbrauchsstellenummer (falls bekannt)
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße und Hausnummer	PLZ und Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
E-Mail*	Telefon/Handy*
<input type="text"/>	<input type="text"/>

* freiwillige Angabe

2. Verbrauchsstelle (wenn abweichend von Angaben zu 1.)

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße und Hausnummer	PLZ und Ort

Rechnungsanschrift (wenn abweichend von Angaben zu 1.)

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße und Hausnummer	PLZ und Ort

3. Bisherige Stromversorgung (der o.g. Verbrauchsstelle)

Ich beziehe bisher keinen Strom Ich beziehe zzt. Strom von der Stadtwerke Gronau GmbH Ich beziehe zzt. Strom von

<input type="text"/>
Name Stromlieferant
<input type="text"/>
Kundennummer Stromlieferant
<input type="checkbox"/> Das Vertragsverhältnis ist nicht gekündigt <input type="checkbox"/> Ist bereits gekündigt zum: <input type="text"/>

4. Stromzähler und Verbrauch

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Stromzählernummer	Vorjahresverbrauch in kWh

5. Gewünschter Lieferbeginn (maßgeblich ist die Auftragsbestätigung nach Ziff. 1 der „Allgemeine Geschäftsbedingungen (Strom Gewerbe) der Stadtwerke Gronau GmbH“ (AGB))

<input type="checkbox"/> Nächstmöglicher Termin <input type="checkbox"/> Neueinzug zum: <input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Beginn zum: <input type="text"/>

6. Produkt, Preise

	netto	brutto*
<input type="checkbox"/> EXTRA ^{strom}		
Arbeitspreis in Cent/kWh	22,370	29,06
Grundpreis pro Jahr in €	100,558	119,66

	netto	brutto*
<input type="checkbox"/> EXTRA ^{stromNatur}		
Arbeitspreis in Cent/kWh	22,370	29,06
Grundpreis pro Jahr in €	150,978	179,66

- bitte wenden -

* Die Bruttopreise sind Endpreise. Sie beinhalten u.a. die Entgelte für die Mehrbelastung aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes von zzt. 6,405 ct/kWh, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes von zzt. 0,280 ct/kWh bis Verbrauch von 100.000 kWh und durch die Befreiung stromintensiver Unternehmen von Netznutzungsentgelten (§ 19 StromNEV-Umlage) von zzt. 0,305 ct/kWh sowie die Offshore-Netzumlage von zzt. 0,416 ct/kWh, Konzessionsabgaben von zzt. 1,590 ct/kWh, die Umlage für abschaltbare Lasten von zzt. 0,005 ct/kWh, die Stromsteuer von zzt. 2,05 ct/kWh und die zzt. gültige Umsatzsteuer (19 %). Näheres zu den Preisbestandteilen und Preisänderungen s. Ziff. 7 AGB.

7. Laufzeit, Kündigung

Der Vertrag läuft zunächst bis zum 31.12. des laufenden Kalenderjahres, bei einem Vertragsschluss nach dem 30.09. bis zum 31.12. des folgenden Kalenderjahres. Die Laufzeit verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern der Vertrag nicht von einer Partei mit einer Frist von drei Monaten vor Ablauf gekündigt wird. Die Kündigung bedarf der Textform. Besondere Kündigungsrechte (nach Gesetz oder den beigefügten AGB) bleiben unberührt.

8. Geltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Ergänzend finden die beigefügten „Allgemeine Geschäftsbedingungen (Strom Gewerbe) der Stadtwerke Gronau GmbH“ (AGB) Anwendung.

„Mit seiner Unterschrift bestätigt der Kunde den Erhalt der beigefügten „Allgemeine Geschäftsbedingungen (Strom Gewerbe) der Stadtwerke Gronau GmbH“ AGB– Stand: 13.11.2018“



Datum / Unterschrift des Kunden

9. Zahlungsweise

Zur Teilnahme am bequemen SEPA-Lastschriftverfahren füllen Sie bitte das beiliegende Formular aus.



Ich überweise die fälligen Zahlungen.

10. Vollmacht

Der Kunde bevollmächtigt den Lieferanten zur Vornahme aller Handlungen sowie Abgabe und Entgegennahme aller Erklärungen, die im Zusammenhang mit dem Wechsel des Stromversorgers erforderlich werden, etwa einer Kündigung des bisherigen Liefervertrages sowie der Abfrage der Vorjahresverbrauchsdaten, soweit dem Kunden dadurch keine Kosten entstehen. Zudem bevollmächtigt der Kunde den Lieferanten auch zur Kündigung etwaiger bestehender Verträge über die Durchführung des Messstellenbetriebes. Soweit und solange für den Kunden ein Dritter nach § 5 Abs. 1 MsbG für Messstellenbetrieb zuständig ist, bevollmächtigt der Kunde den Lieferanten auch zur Abfrage seiner Messwerte bei diesem Dritten.

11. Auftragserteilung

Mit seiner Unterschrift erteilt der Kunde dem Lieferanten den Auftrag, seinen gesamten Bedarf an elektrischer Energie an die obige Verbrauchsstelle zu liefern. Der Vertrag kommt mit der Auftragsbestätigung des Lieferanten zustande.



Ort / Datum

Unterschrift des Kunden

SEPA-LASTSCHRIFTMANDAT

Stadtwerke Gronau GmbH
Laubstiege 19 · 48599 Gronau



Stadtwerke Gronau GmbH
Laubstiege 19
48599 Gronau

DE05SWG00000016175

Gläubiger-Identifikationsnummer

Unser Zeichen

Zahlungsart
Wiederkehrende Zahlung

Zahlungsart
Einmalige Zahlung

wird nach Mandatserteilung mitgeteilt

Eindeutige Mandatsreferenz

Name des Zahlungspflichtigen

Straße und Hausnummer des Zahlungspflichtigen

PLZ und Ort des Zahlungspflichtigen

IBAN des Zahlungspflichtigen (Kontoinhabers)

BIC des Zahlungspflichtigen (Kontoinhabers)

Name des Kontoinhabers (falls abweichend)

Straße und Hausnummer des Kontoinhabers (falls abweichend)

PLZ und Ort des Kontoinhabers (falls abweichend)

Ich ermächtige (Wir ermächtigen) den Zahlungsempfänger Stadtwerke Gronau GmbH, Zahlungen von meinem (unserem) Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein (weisen wir unser) Kreditinstitut an, die von der Stadtwerke Gronau GmbH auf mein (unser) Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann (Wir können) innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem (unserem) Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

X

Datum / Unterschrift des Kunden

STROMSONDERABKOMMEN GEWERBE, NETZGEBIET GRONAU

Auftrag zur Lieferung elektrischer Energie für den Jahresverbrauch von bis zu 100.000 kWh für berufliche, landwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke durch die Stadtwerke Gronau GmbH (SWG), Laubstiege 19, 48599 Gronau

Versionsnummer:
711/2019-01-01/1

1. Kunde / Kundin (im Weiteren „Kunde“)

Herr Frau Firma

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname und Name	Geburtsdatum*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
bei Firma: Inhaber/persönlich haftender Gesellschafter/Vorstand/Geschäftsführer	bei Firma: Registergericht/-nummer
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Kundennummer (falls bekannt)	Verbrauchsstellennummer (falls bekannt)
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße und Hausnummer	PLZ und Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
E-Mail*	Telefon/Handy*
* freiwillige Angabe	

2. Verbrauchsstelle (wenn abweichend von Angaben zu 1.)

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße und Hausnummer	PLZ und Ort

Rechnungsanschrift (wenn abweichend von Angaben zu 1.)

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße und Hausnummer	PLZ und Ort

3. Bisherige Stromversorgung (der o.g. Verbrauchsstelle)

Ich beziehe bisher keinen Strom Ich beziehe zzt. Strom von der Stadtwerke Gronau GmbH Ich beziehe zzt. Strom von

<input type="text"/>
Name Stromlieferant
<input type="text"/>
Kundennummer Stromlieferant
<input type="checkbox"/> Das Vertragsverhältnis ist nicht gekündigt <input type="checkbox"/> Ist bereits gekündigt zum: <input type="text"/>

4. Stromzähler und Verbrauch

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Stromzählernummer	Vorjahresverbrauch in kWh

5. Gewünschter Lieferbeginn (maßgeblich ist die Auftragsbestätigung nach Ziff. 1 der „Allgemeine Geschäftsbedingungen (Strom Gewerbe) der Stadtwerke Gronau GmbH“ (AGB))

<input type="checkbox"/> Nächstmöglicher Termin <input type="checkbox"/> Neueinzug zum: <input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Beginn zum: <input type="text"/>

6. Produkt, Preise

	EXTRAstrom		EXTRAstromNatur	
	netto	brutto*	netto	brutto*
Arbeitspreis in Cent/kWh	22,370	29,06	22,370	29,06
Grundpreis pro Jahr in €	100,558	119,66	150,978	179,66

- bitte wenden -

* Die Bruttopreise sind Endpreise. Sie beinhalten u.a. die Entgelte für die Mehrbelastung aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes von zzt. 6,405 ct/kWh, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes von zzt. 0,280 ct/kWh bis Verbrauch von 100.000 kWh und durch die Befreiung stromintensiver Unternehmen von Netznutzungsentgelten (§ 19 StromNEV-Umlage) von zzt. 0,305 ct/kWh sowie die Offshore-Netzumlage von zzt. 0,416 ct/kWh, Konzessionsabgaben von zzt. 1,590 ct/kWh, die Umlage für abschaltbare Lasten von zzt. 0,005 ct/kWh, die Stromsteuer von zzt. 2,05 ct/kWh und die zzt. gültige Umsatzsteuer (19 %). Näheres zu den Preisbestandteilen und Preisänderungen s. Ziff. 7 AGB.

7. Laufzeit, Kündigung

Der Vertrag läuft zunächst bis zum 31.12. des laufenden Kalenderjahres, bei einem Vertragsschluss nach dem 30.09. bis zum 31.12. des folgenden Kalenderjahres. Die Laufzeit verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern der Vertrag nicht von einer Partei mit einer Frist von drei Monaten vor Ablauf gekündigt wird. Die Kündigung bedarf der Textform. Besondere Kündigungsrechte (nach Gesetz oder den beigefügten AGB) bleiben unberührt.

8. Geltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Ergänzend finden die beigefügten „Allgemeine Geschäftsbedingungen (Strom Gewerbe) der Stadtwerke Gronau GmbH“ (AGB) Anwendung.

„Mit seiner Unterschrift bestätigt der Kunde den Erhalt der beigefügten „Allgemeine Geschäftsbedingungen (Strom Gewerbe) der Stadtwerke Gronau GmbH“ AGB– Stand: 13.11.2018“



Datum / Unterschrift des Kunden

9. Zahlungsweise

Zur Teilnahme am bequemen SEPA-Lastschriftverfahren füllen Sie bitte das beiliegende Formular aus.



Ich überweise die fälligen Zahlungen.

10. Vollmacht

Der Kunde bevollmächtigt den Lieferanten zur Vornahme aller Handlungen sowie Abgabe und Entgegennahme aller Erklärungen, die im Zusammenhang mit dem Wechsel des Stromversorgers erforderlich werden, etwa einer Kündigung des bisherigen Liefervertrages sowie der Abfrage der Vorjahresverbrauchsdaten, soweit dem Kunden dadurch keine Kosten entstehen. Zudem bevollmächtigt der Kunde den Lieferanten auch zur Kündigung etwaiger bestehender Verträge über die Durchführung des Messstellenbetriebes. Soweit und solange für den Kunden ein Dritter nach § 5 Abs. 1 MsbG für Messstellenbetrieb zuständig ist, bevollmächtigt der Kunde den Lieferanten auch zur Abfrage seiner Messwerte bei diesem Dritten.

11. Auftragserteilung

Mit seiner Unterschrift erteilt der Kunde dem Lieferanten den Auftrag, seinen gesamten Bedarf an elektrischer Energie an die obige Verbrauchsstelle zu liefern. Der Vertrag kommt mit der Auftragsbestätigung des Lieferanten zustande.



Ort / Datum

Unterschrift des Kunden

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN (STROM GEWERBE)

der Stadtwerke Gronau GmbH (SWG)
zur Lieferung elektrischer Energie für berufliche, landwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke

1. VERTRAGSSCHLUSS / LIEFERBEGINN

- 1.1. Das Angebot des Lieferanten in Prospekten, Anzeigen, Formularen etc. ist freibleibend und unverbindlich. Maßgeblich sind die bei Vertragsschluss geltenden Preise. Der Lieferant benötigt das vollständig ausgefüllte und unterschriebene Angebot (Auftragsformular) des Kunden.
- 1.2. Alternativ zu Ziff. 1.1. kann der Kunde per Mausklick im Internet ein verbindliches Angebot zum Abschluss eines Stromlieferungsvertrages abgeben. Den elektronischen Zugang des Angebots wird der Lieferant dem Kunden durch Zusenden einer automatisch generierten E-Mail bestätigen.
- 1.3. Der Vertrag kommt durch Bestätigung des Lieferanten in Textform unter Angabe des voraussichtlichen Lieferbeginns zustande. Der tatsächliche Lieferbeginn hängt davon ab, dass alle für die Belieferung notwendigen Maßnahmen (Kündigung des bisherigen Liefervertrages, etc.) erfolgt sind.

2. UMFANG UND DURCHFÜHRUNG DER LIEFERUNG / WEITERLEITUNGSVERBOT / MITTEILUNGSPFLICHTEN / EIGENERZEUGUNGSANLAGEN

- 2.1. Der Lieferant liefert dem Kunden dessen gesamten Bedarf an elektrischer Energie an seine vertraglich benannte Entnahmestelle. Entnahmestelle ist die Eigentumsgrenze des auf den (ggf. jeweiligen) Zählpunkt bezogenen Netzanschlusses. Zählpunkt ist der Ort, an dem der Energiefluss messtechnisch erfasst wird.
- 2.2. Bei einer Unterbrechung oder bei Unregelmäßigkeiten in der Elektrizitätsversorgung ist der Lieferant, soweit es sich um Folgen einer Störung des Netzbetriebes einschließlich des Netzanschlusses handelt, von seiner Leistungspflicht befreit. Zu den möglichen Ansprüchen des Kunden gegen den Netzbetreiber vgl. Ziff. 10. Der Lieferant ist weiter von seiner Leistungspflicht befreit, soweit und solange der Netzbetreiber den Netzanschluss und/oder die Anschlussnutzung bzw. der Messstellenbetreiber den Messstellenbetrieb auf eigene Initiative unterbrochen hat, es sei denn, den Lieferanten trifft hieran jeweils ein Verschulden.
- 2.3. Der Kunde wird die Energie lediglich zur eigenen Versorgung nutzen. Eine Weiterleitung an Dritte ist unzulässig.
- 2.4. Erweiterung und Änderung von Kundenanlagen, sowie die Änderung der Bedarfsart sind dem Lieferanten in Textform mitzuteilen.
- 2.5. Der Kunde hat den Lieferanten vier Wochen vor der geplanten Inbetriebnahme von Eigenerzeugungsanlagen in Textform zu informieren.

3. MESSUNG / ZUTRITTSRECHT

- 3.1. Die Menge der gelieferten Energie wird durch Messeinrichtungen des zuständigen Messstellenbetreibers ermittelt. Die Ablesung der Messeinrichtungen wird vom Messstellenbetreiber, Netzbetreiber, Lieferanten oder auf deren Verlangen kostenlos vom Kunden durchgeführt. Verlangt der Lieferant eine Selbstablesung des Kunden, fordert der Lieferant rechtzeitig dazu auf. Hierzu übersendet der Lieferant dem Kunden eine Ablesekarte. In diesem Fall hat der Kunde den Zählerstand innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Ablesekarte dem Lieferanten mitzuteilen, wobei er hierfür nicht die Ablesekarte nutzen muss, sondern die Mitteilung auch in Textform vornehmen kann. Die Ablesung der Messeinrichtungen erfolgt zum Zwecke der Abrechnung, anlässlich eines Lieferantenwechsels oder bei einem berechtigten Interesse des Lieferanten an einer Überprüfung der Ablesung. Der Kunde kann einer Selbstablesung widersprechen, wenn ihm diese nicht zumutbar ist. Nimmt der Kunde eine rechtzeitig angekündigte Selbstablesung nicht oder verspätet vor oder sind aus anderen Gründen keine plausiblen Messwerte verfügbar, so kann der Lieferant den Verbrauch auf der Grundlage der letzten Ablesung oder bei einem Neukunden nach dem Verbrauch vergleichbarer Kunden jeweils unter angemessener Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse schätzen.
- 3.2. Der Kunde kann jederzeit vom Lieferanten verlangen, eine Nachprüfung der Messeinrichtungen an seiner Abnahmestelle durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des § 40, Abs. 3 des Mess- und Eichgesetzes zu veranlassen. Die Kosten der Nachprüfung

fallen dem Kunden nur dann zur Last, sofern die eichrechtlichen Verkehrsfehlergrenzen nicht überschritten werden.

- 3.3. Ergibt eine Nachprüfung der Messeinrichtungen eine Überschreitung der eichrechtlichen Verkehrsfehlergrenzen, oder werden Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt (wie z.B. auch bei einer Rechnung auf der Grundlage falscher Messwerte), so wird der zu viel oder zu wenig berechnete Betrag unverzüglich erstattet bzw. nachtrichtet oder mit der nächsten Abschlagszahlung verrechnet. Ansprüche nach dieser Ziffer sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ablesezeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf den Zeitraum seit Vertragsbeginn, längstens auf drei Jahre, beschränkt.
- 3.4. Der Kunde hat nach vorheriger Benachrichtigung dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Lieferanten, des Messstellenbetreibers oder des Netzbetreibers den Zutritt zu seinem Grundstück und zu seinen Räumen zu gestatten, soweit dies zur Ermittlung der preislichen Bemessungsgrundlagen oder zur Ablesung der Messeinrichtungen erforderlich ist. Die Benachrichtigung kann durch Mitteilung an den Kunden oder durch Aushang am oder im jeweiligen Haus erfolgen. Sie muss mindestens eine Woche vor dem Betretungstermin erfolgen; mindestens ein Ersatztermin ist anzubieten. Der Kunde hat dafür Sorge zu tragen, dass die Messeinrichtungen zugänglich sind. Wenn der Kunde den Zutritt verweigert oder behindert, stellt der Lieferant dem Kunden die dadurch entstandenen Kosten pauschal gemäß Ziffer 16 in Rechnung. Die pauschale Berechnung muss einfach nachvollziehbar sein und darf den nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Schaden nicht übersteigen. Dem Kunden ist zudem der Nachweis gestattet, solche Kosten seien nicht entstanden oder wesentlich geringer als die Höhe der Pauschale.

4. ABSCHLAGSZAHLUNGEN / ABRECHNUNG / ANTEILIGE PREISBERECHNUNG

- 4.1. Der Lieferant kann vom Kunden monatliche Abschlagszahlungen verlangen. Der Lieferant berechnet diese unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Verbrauchs nach billigem Ermessen, in der Regel auf der Grundlage der Abrechnung der vorangegangenen 12 Monate bzw. unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Verbrauchs vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde glaubhaft, dass der Verbrauch erheblich abweicht, ist dies angemessen zu berücksichtigen.
- 4.2. Zum Ende jedes vom Lieferanten festgelegten Abrechnungsjahres und zum Ende des Lieferverhältnisses wird vom Lieferanten eine Abrechnung erstellt, in welcher der tatsächliche Umfang der Belieferung unter Anrechnung der Abschlagszahlungen abgerechnet wird. Ergibt sich eine Abweichung der Abschlagszahlungen von der Abrechnung der tatsächlichen Belieferung, so wird der zu viel oder zu wenig berechnete Betrag unverzüglich erstattet bzw. nachtrichtet oder mit der nächsten Abschlagszahlung verrechnet. Der Kunde hat – abweichend von Satz 1 – das Recht, eine kostenpflichtige monatliche, vierteljährliche oder halbjährliche Abrechnung zu wählen, die auf Grundlage einer gesonderten Vereinbarung mit dem Lieferanten erfolgt. Bei einer monatlichen Abrechnung entfällt das Recht des Lieferanten nach Ziffer 4.1.
- 4.3. Ändern sich die vertraglichen Preise während des Abrechnungsjahres, so erfolgt die Anpassung des Grundpreises tagesgenau, die Arbeitspreise werden mengenanteilig berechnet. Die nach der Preisänderung anfallenden Abschlagszahlungen können entsprechend angepasst werden.

5. ZAHLUNGSBESTIMMUNGEN / VERZUG / ZAHLUNGSVERWEIGERUNG / AUFRECHNUNG

- 5.1. Sämtliche Rechnungsbeträge sind zwei Wochen nach Zugang der Rechnung, Abschläge zu dem vom Lieferanten nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) festgelegten Zeitpunkt fällig und ohne Abzug im Wege des Lastschriftverfahrens, mittels Dauerauftrag bzw. Überweisung zu zahlen. Der Lieferant ist berechtigt, Zahlungen Dritter abzulehnen.
- 5.2. Befindet sich der Kunde in Zahlungsverzug, kann der Lieferant angemessene Maßnahmen zur Durchsetzung seiner Forderung

ergreifen; fordert der Lieferant erneut zur Zahlung auf oder lässt der Lieferant den Betrag durch einen Beauftragten einziehen, stellt der Lieferant dem Kunden die dadurch entstandenen Kosten pauschal gemäß Ziff. 16 in Rechnung. Die pauschale Berechnung muss einfach nachvollziehbar sein und darf den nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Schaden nicht übersteigen. Dem Kunden ist zudem der Nachweis gestattet, solche Kosten seien nicht entstanden oder wesentlich geringer als die Höhe der Pauschale. § 288 Abs. 5 BGB bleibt unberührt.

- 5.3. Einwände gegen Rechnungen berechtigen zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung nur, sofern die ernsthafte Möglichkeit eines offensichtlichen Fehlers besteht, oder sofern der in einer Rechnung angegebene Verbrauch ohne ersichtlichen Grund mehr als doppelt so hoch wie der vergleichbare Verbrauch im vorherigen Abrechnungszeitraum ist und der Kunde eine Nachprüfung der Messeinrichtung verlangt und solange durch die Nachprüfung nicht die ordnungsgemäße Funktion der Messeinrichtung festgestellt ist. Rechte des Kunden nach § 315 BGB bleiben unberührt.
- 5.4. Gegen Ansprüche des Lieferanten kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden. Dies gilt nicht für Ansprüche des Kunden gegen den Lieferanten aufgrund vollständiger oder teilweiser Nichterfüllung oder mangelhafter Erfüllung der Lieferpflicht.

6. VORAUSZAHLUNG / SICHERHEITSLISTUNG

- 6.1. Der Lieferant kann vom Kunden eine monatliche Vorauszahlung in angemessener Höhe verlangen, wenn der Kunde mit einer Zahlung aus dem Vertrag in nicht unwesentlicher Höhe in Verzug ist, wenn der Kunde innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten wiederholt in Zahlungsverzug gerät oder in sonstigen begründeten Fällen. Bei Verlangen einer Vorauszahlung sind dem Kunden Beginn, Höhe und die Voraussetzungen für ihren Wegfall mitzuteilen. Die Vorauszahlung ist frühestens zum Lieferbeginn fällig. Die Höhe der Vorauszahlung des Kunden entspricht den für einen Zeitraum von bis zu zwei Liefermonaten zu leistenden Zahlungen. Sie wird für den Vorauszahlungszeitraum aus dem durchschnittlichen Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraums und dem aktuellen Vertragspreis bzw. - sollte kein vorhergehender Abrechnungszeitraum bestehen - aus dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden und dem aktuellen Vertragspreis ermittelt. Macht der Kunde glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, ist dies angemessen zu berücksichtigen. Die Vorauszahlung wird mit den jeweils nächsten vom Kunden nach dem Vertrag zu leistenden Zahlungen verrechnet. Erfolgt eine solche Verrechnung und liegen die Voraussetzungen für eine Vorauszahlung weiterhin vor, ist der Kunde verpflichtet, den verrechneten Betrag unverzüglich nach der Verrechnung als erneute Vorauszahlung nachzuentrichten.
- 6.2. Statt eine Vorauszahlung zu verlangen, kann der Lieferant beim Kunden ein Vorkassensystem (z.B. Bargeld- oder Chipkartenzähler) einrichten und betreiben.
- 6.3. Anstelle einer Vorauszahlung kann der Kunde, unsere Zustimmung vorausgesetzt, nach seiner Wahl in gleicher Höhe Sicherheit leisten. Sofern die Vertragspartner nichts anderes vereinbaren, ist eine Sicherheitsleistung nur zulässig in Form einer eingebundenen, unwiderruflichen, selbstschuldnerischen Bürgschaft einer europäischen Bank.. Die sich verbürgende Bank muss ein Rating im „A“-Bereich von Standard & Poors oder ein gleichwertiges Rating einer anderen international anerkannten Rating-Agentur aufweisen.
- 6.4. Der Lieferant kann sich aus der Sicherheit befriedigen, sobald der Kunde mit seinen Zahlungsverpflichtungen in Verzug ist. Der Lieferant wird die Sicherheit nur in dem Umfang verwerten, indem dies zur Erfüllung der rückständigen Zahlungsverpflichtungen erforderlich ist.
- 6.5. Die Verwertung der Sicherheit nach Ziffer 6.4 wird der Lieferant dem Kunden unter Fristsetzung schriftlich androhen, es sei denn nach den Umständen des Einzelfalls besteht Grund zu der Annahme, dass eine Befriedigung aus der Sicherheit zu spät erfolgen würde. Ist der Abschluss des Vertrages für den Kunden ein Handelsgeschäft, beträgt die Frist wenigstens eine Woche. In allen übrigen Fällen beträgt sie einen Monat.
- 6.6. Die Sicherheit ist unverzüglich zurückzugeben, soweit ihre Voraussetzungen weggefallen sind.
- 6.7. Die Regelungen zur Einstellung und Unterbrechung der Belieferung sowie zur Kündigung in Ziffer 9 bleiben unberührt.

7. PREISE UND PREISBESTANDTEILE / ZUKÜNFTIGE STEUERN, ABGABEN UND SONSTIGE HOHEITLICH AUFERLEGTE BELASTUNGEN / PREISANPASSUNG NACH BILLIGEM ERMESSEN

- 7.1. Der vom Kunden zu zahlende Preis setzt sich zusammen aus
- Grundpreis und
 - Arbeitspreis

Der Preis wird kalkuliert auf Grundlage der Kosten, die für die Belieferung aller Kunden in diesem Tarif anfallen. Er enthält folgende Kosten: Kosten für Energiebeschaffung und Vertrieb, die Kosten für Messstellenbetrieb - soweit diese Kosten dem Lieferanten vom Messstellenbetreiber in Rechnung gestellt werden -, die aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) folgenden Belastungen, das an den Netzbetreiber abzuführende Netzentgelt, die vom Netzbetreiber erhobene Umlage nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), die Umlage nach § 19 Abs. 2 StromNEV, die Offshore-Haftungsumlage nach § 17f Abs. 5 EnWG, die abLa-Umlage nach § 18 Abs. 1 der Verordnung zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) sowie die Konzessionsabgaben.

- 7.2. Wird die Belieferung oder die Verteilung von elektrischer Energie nach Vertragsschluss mit zusätzlichen, in Ziffern 7.1 und 7.3 nicht genannten Steuern oder Abgaben belegt, erhöht sich der Preis nach Ziffer 7.1 um die hieraus entstehenden Mehrkosten in der jeweils geltenden Höhe. Satz 1 gilt entsprechend, falls die Belieferung oder die Verteilung von elektrischer Energie nach Vertragsschluss mit einer hoheitlich auferlegten, allgemein verbindlichen Belastung (d. h. keine Bußgelder o. ä.) belegt wird, soweit diese unmittelbaren Einfluss auf die Kosten für die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen hat. Die Weitergabe in der jeweils geltenden Höhe nach Satz 1 und 2 führt bei Erstattungen (z.B. in Form negativer Umlagen) zu einer entsprechenden Preisreduzierung. Eine Weiterberechnung erfolgt nicht, soweit die Mehrkosten nach Höhe und Zeitpunkt ihres Entstehens bereits bei Vertragsschluss konkret vorhersehbar waren oder die jeweilige gesetzliche Regelung der Weiterberechnung entgegensteht. Eine Weiterberechnung ist auf die Mehrkosten beschränkt, die nach dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung dem einzelnen Vertragsverhältnis (z. B. nach Kopf oder nach Verbrauch) zugeordnet werden können. Eine Weiterberechnung erfolgt ab dem Zeitpunkt der Entstehung der Mehrkosten. Der Kunde wird über eine solche Weiterberechnung spätestens mit der Rechnungsstellung informiert.
- 7.3. Der Preis nach Ziffer 7.1 erhöht sich um die Stromsteuer in der jeweils geltenden Höhe (gesetzlicher Regelsatz nach § 3 StromStG derzeit: 2,05 Cent pro kWh). Zusätzlich fällt auf den nach Satz 1 erhöhten Preis und etwaige zukünftige Steuern, Abgaben und sonstige hoheitlich auferlegte Belastungen nach Ziffer 7.2 die Umsatzsteuer in der jeweils geltenden Höhe an (gesetzlicher Regelsatz nach § 12 Abs. 1 UStG derzeit: 19 %).
- 7.4. Der Lieferant teilt dem Kunden die jeweils geltende Höhe eines nach Ziffer 7.2 und 7.3 und zu zahlenden Preisbestandteils auf Anfrage mit.
- 7.5. Der Lieferant ist verpflichtet, die Preise nach Ziff. 7.1 – nicht hingegen etwaige zukünftige Steuern, Abgaben und sonstige hoheitlich auferlegte Belastungen nach Ziffer 7.2 sowie die gesondert in der jeweils geltenden Höhe an den Kunden weitergegebene Strom- und Umsatzsteuer nach Ziffer 7.3 - durch einseitige Leistungsbestimmung nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB anzupassen (Erhöhungen oder Ermäßigungen). Anlass für eine solche Preisanpassung ist ausschließlich eine Änderung der in Ziffer 7.1 genannten Kosten. Der Lieferant überwacht fortlaufend die Entwicklung dieser Kosten. Der Umfang einer solchen Preisanpassung ist auf die Veränderung der Kosten nach Ziffer 7.1 seit der jeweils vorhergehenden Preisanpassung nach dieser Ziffer 7.5 bzw. – sofern noch keine Preisanpassung nach dieser Ziffer 7.5 erfolgt ist – seit Vertragsschluss bis zum Zeitpunkt des geplanten Wirksamwerdens der aktuellen Preisanpassung beschränkt. Kostensteigerungen und Kostensenkungen sind bei jeder Preisanpassung gegenläufig zu saldieren. Die einseitige Leistungsbestimmung des Lieferanten nach billigem Ermessen bezieht sich auch auf die jeweiligen Zeitpunkte einer Preisanpassung; diese sind so zu wählen, dass Kostensenkungen nicht nach für den Kunden ungünstigeren Maßstab Rechnung getragen werden als Kostenerhöhungen, also Kostensenkungen mindestens in gleichem Umfang preiswirksam werden wie Kostenerhöhungen. Der Kunde hat gemäß § 315 Abs. 3 BGB das Recht, die Ausübung des billigen Ermessens des Lieferanten gerichtlich überprüfen zu lassen. Änderungen der Preise nach dieser Ziffer sind nur auf den Zeitpunkt der jeweiligen Vertragsverlängerung möglich, erstmals zum Ablauf der vertraglichen Erstlaufzeit. Preisanpassungen werden nur wirksam, wenn der Lieferant dem Kunden die Änderungen spätestens sechs Wochen vor dem geplanten Wirksamwerden in Textform mitteilt. In diesem Fall

hat der Kunde das Recht, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Preisanpassung zu kündigen. Hierauf wird der Kunde vom Lieferanten in der Mitteilung gesondert hingewiesen.

7.6 Informationen über aktuelle Produkte und Tarife erhält der Kunde unter Tel.-Nr. 02562/ 717 - 717 oder im Internet unter www.stadtwerke-gronau.de.

8 ÄNDERUNGEN DES VERTRAGES UND DIESER BEDINGUNGEN

8.1 Die Regelungen des Vertrages und dieser Bedingungen beruhen auf den gesetzlichen und sonstigen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (z.B. EnWG, StromGVV, StromNZV, MsbG, höchstrichterliche Rechtsprechung, Entscheidungen der Bundesnetzagentur). Das vertragliche Äquivalenzverhältnis kann nach Vertragsschluss durch unvorhersehbare Änderungen der gesetzlichen oder sonstigen Rahmenbedingungen (z.B. durch Gesetzesänderungen, sofern deren konkreter Inhalt nicht bereits – etwa in der Phase zwischen dem Abschluss des förmlichen Gesetzgebungsverfahrens und dem Inkrafttreten – absehbar war), die der Lieferant nicht veranlasst und auf die er auch keinen Einfluss hat, in nicht unbedeutendem Maße gestört werden. Ebenso kann nach Vertragsschluss eine im Vertrag und/ oder diesen Bedingungen entstandene Lücke nicht unerhebliche Schwierigkeiten bei der Durchführung des Vertrages entstehen lassen (etwa wenn die Rechtsprechung eine Klausel für unwirksam erklärt), die nur durch eine Anpassung oder Ergänzung zu beseitigen sind. In solchen Fällen ist der Lieferant verpflichtet, den Vertrag und diese Bedingungen – mit Ausnahme der Preise – unverzüglich insoweit anzupassen und/ oder zu ergänzen, als es die Wiederherstellung des Äquivalenzverhältnisses von Leistung und Gegenleistung und/ oder der Ausgleich entstandener Vertragslücken zur zumutbaren Fort- und Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich macht (z.B. mangels gesetzlicher Überleitungsbestimmungen).

8.2 Anpassungen des Vertrages und dieser Bedingungen nach vorstehendem Absatz sind nur zum Monatsersten möglich. Die Anpassung wird nur wirksam, wenn der Lieferant dem Kunden die Anpassung spätestens sechs Wochen vor dem geplanten Wirksamwerden in Textform mitteilt. In diesem Fall hat der Kunde das Recht, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Vertragsanpassung zu kündigen. Hierauf wird der Kunde vom Lieferanten in der Mitteilung gesondert hingewiesen.

9 EINSTELLUNG UND UNTERBRECHUNG DER LIEFERUNG / FRISTLOSE KÜNDIGUNG

9.1 Der Lieferant ist berechtigt, sofort die Lieferung einzustellen und die Anschlussnutzung durch den zuständigen Netzbetreiber unterbrechen zu lassen, wenn der Kunde in nicht unerheblichem Maße schuldhaft Strom unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen verwendet („Stromdiebstahl“) und die Unterbrechung zur Verhinderung einer weiteren unberechtigten Energieentnahme erforderlich ist.

9.2 Bei Zahlungsverzug des Kunden ab einem Betrag von mindestens € 100,00 inklusive Mahn- und Inkassokosten ist der Lieferant ebenfalls berechtigt, die Lieferung einzustellen und die Anschlussnutzung durch den zuständigen Netzbetreiber unterbrechen zu lassen. Hat der Kunde eine Sicherheit geleistet, gilt dies nur, sofern der Kunde mit einem Betrag im Zahlungsverzug ist, der die Sicherheitsleistung um mindestens 100,00 € übersteigt. Bei der Berechnung des Mindestbetrages bleiben nicht titulierte Forderungen außer Betracht, die der Kunde schlüssig beanstandet hat, oder die wegen einer Vereinbarung zwischen Lieferanten und Kunden noch nicht fällig sind, oder die aus einer streitigen und noch nicht rechtskräftig entschiedenen Preiserhöhung des Lieferanten resultieren. Die Unterbrechung unterbleibt, wenn die Folgen der Unterbrechung außer Verhältnis zur Schwere des Zahlungsverzugs stehen oder der Kunde darlegt, dass hinreichende Aussicht besteht, dass er seinen Verpflichtungen vollumfänglich nachkommt. Dem Kunden wird die Unterbrechung spätestens vier Wochen vorher angedroht und die Beauftragung des Netzbetreibers mit der Unterbrechung der Anschlussnutzung drei Werktage vorher unter Angabe des Zeitpunkts der Auftragserteilung angekündigt. Der Lieferant wird den Netzbetreiber zu dem in der Ankündigung genannten Zeitpunkt beauftragen, die Anschlussnutzung zu unterbrechen, wofür der Netzbetreiber nach den Vorgaben des einheitlichen Netznutzungsvertrages Strom sechs weitere Werktage Zeit hat. Der Kunde wird den Lieferanten auf etwaige Besonderheiten, die einer Unterbrechung zwingend entgegenstehen, unverzüglich in Textform hinweisen.

9.3 Die Kosten aufgrund der Unterbrechung sowie der Wiederherstellung der Belieferung sind vom Kunden zu ersetzen. Der Lieferant stellt dem Kunden die dadurch entstandenen Kosten pauschal gemäß Ziff. 16 in Rechnung. Dies gilt nicht für Außensperrungen und für die Wiederherstellung der Versorgung außerhalb der üblichen Arbeitszeit, die Kosten einer solchen Sperrung und Wiederherstellung werden nach tatsächlichem Aufwand in Rechnung gestellt. Die pauschale Berechnung muss einfach nachvollziehbar sein und darf den nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Schaden nicht übersteigen. Die Belieferung wird unverzüglich wiederhergestellt, wenn die Gründe für die Unterbrechung entfallen und die Kosten der Unterbrechung und Wiederherstellung bezahlt sind; sofern keine Barzahlung erfolgt, bleibt es dem Kunden zur Verkürzung der Unterbrechungszeit auch bei einer erteilten Einzugsermächtigung unbenommen, die Kosten der Unterbrechung und Wiederherstellung unverzüglich mittels Überweisung zu zahlen.

9.4 Der Vertrag kann aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist gekündigt und die Lieferung eingestellt werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor im Fall eines Stromdiebstahls nach Ziff. 9.1, oder im Fall des Zahlungsverzugs unter den Voraussetzungen der Ziff. 9.2 Satz 1 bis 3; im letzten Fall ist dem Kunden die Kündigung mindestens zwei Wochen vorher anzudrohen

9.5 Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn ein Zwangsvollstreckungsverfahren gegen das gesamte Vermögen der anderen Partei oder eines wesentlichen Teils dieses Vermögens eingeleitet wurde.

9.6 Darüber hinaus ist der Lieferant berechtigt, diesen Vertrag bei Vorliegen einer den Kunden betreffenden negativen Auskunft der SCHUFA oder der Creditreform insbesondere zu folgenden Punkten außerordentlich zu kündigen: erfolglose Zwangsvollstreckung, erfolglose Pfändung, eidesstattliche Versicherung zum Vermögen, Restschuldbefreiung.

10 HAFTUNG

10.1 Ansprüche wegen Schäden durch Unterbrechung oder bei Unregelmäßigkeiten in der Elektrizitätsversorgung sind, soweit es sich um Folgen einer Störung des Netzbetriebes einschließlich des Netzanschlusses handelt, gegenüber dem Netzbetreiber geltend zu machen (§ 18 NAV).

10.2 Der Lieferant wird unverzüglich über die mit der Schadensverursachung zusammenhängenden Tatsachen Auskunft geben, wenn sie ihm bekannt sind oder von ihm in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können und der Kunde dies wünscht.

10.3 In allen übrigen Haftungsfällen ist die Haftung der Parteien sowie ihrer Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen für schuldhaft verursachte Schäden ausgeschlossen, soweit der Schaden nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt wurde; dies gilt nicht bei Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, oder der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, d. h. solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf (sog. Kardinalpflichten).

10.4 Im Falle einer Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, welche nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht, beschränkt sich die Haftung auf den Schaden, den die haftende Partei bei Abschluss des Vertrages als mögliche Folge der Vertragsverletzung vorausgesehen hat oder unter Berücksichtigung der Umstände, die sie kannte oder kennen musste, hätte voraussehen müssen. Gleiches gilt bei grob fahrlässigem Verhalten einfacher Erfüllungsgehilfen (nicht leitende Angestellte) außerhalb des Bereichs der wesentlichen Vertragspflichten sowie der Lebens-, Körper- oder Gesundheitsschäden.

10.5 Die Bestimmungen des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

11 UMZUG / ÜBERTRAGUNG DES VERTRAGES

11.1 Der Kunde ist verpflichtet, dem Lieferanten jeden Umzug unverzüglich vorab unter Angabe des Umzugsdatums und der neuen Anschrift in Textform mitzuteilen. Im Regelfall muss diese Mitteilung bis spätestens 10 Werktage vor dem Umzugsdatum erfolgen, um dem Lieferanten eine rechtzeitige Ab- bzw. Ummeldung beim Netzbetreiber zu ermöglichen.

11.2 Die Stromlieferung endet mit dem Umzug des Kunden, wenn die Mitteilung des Kunden gegenüber der Stadtwerke Gronau GmbH nicht nach Ziffer 11.1 rechtzeitig erfolgt.

11.3 Unterbleibt die Mitteilung des Kunden nach Ziffer 11.1. aus Gründen, die dieser zu vertreten hat, und wird dem Lieferanten die Tatsache des Umzugs auch sonst nicht bekannt, ist der Kunde verpflichtet, weitere Entnahmen an seiner bisherigen Entnahmestelle, für die der Lieferant gegenüber dem örtlichen Netzbetreiber eintreten muss und für die er

von keinem anderen Kunden eine Vergütung zu fordern berechtigt ist, nach den Preisen des Vertrages zu vergüten. Die Pflicht des Lieferanten zur unverzüglichen Abmeldung der bisherigen Entnahmestelle und Ansprüche des Lieferanten auf entgangenen Gewinn wegen einer nicht oder verspätet erfolgten Belieferung an der neuen Entnahmestelle bleiben unberührt.

- 11.4 Der Lieferant ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag als Gesamtheit auf einen personell, technisch und wirtschaftlich leistungsfähigen Dritten zu übertragen. Eine Übertragung nach Satz 1 ist dem Kunde rechtzeitig im Voraus mitzuteilen. In diesem Fall hat der Kunde das Recht, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Übertragung zu kündigen. Hierauf wird der Kunde vom Lieferanten in der Mitteilung gesondert hingewiesen. Das Recht zur Abtretung von Forderungen nach § 398 BGB sowie eine gesetzliche Rechtsnachfolge, insbesondere bei Übertragungen im Sinne des Umwandlungsgesetzes, bleiben von dieser Ziffer 11.4 unberührt.

12 DATENSCHUTZ / DATENAUSTAUSCH MIT AUSKUNFTTEIEN/ WIDERSPRUCHSRECHT

- 12.1 Verantwortlicher für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutzverordnung (DSGVO) ist: Stadtwerke Gronau GmbH, Laubstiege 19, 48599 Gronau, Telefon 02562/717-0, Fax 02562/717-21003, info@stadtwerke-gronau.de, www.stadtwerke-gronau.de
- 12.2 Der Datenschutzbeauftragte des Lieferanten steht dem Kunden für Fragen zur Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten unter dbc Sachverständige, Schlehenweg 14, 48599 Gronau, Telefon: 02562/98922, datenschutz@stadtwerke-gronau.de, post@dbc.de, www.dbc.de zur Verfügung. Ferner können Sie uns auch jederzeit unter der vorstehenden Adresse zu dem Thema Datenschutz kontaktieren.
- 12.3 Der Lieferant verarbeitet folgende Kategorien personenbezogener Daten: Kontaktdaten des Kunden (z. B. Name, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer), Daten zur Verbrauchsstelle (z. B. Zählersnummer, Identifikationsnummer der Marktklokation), Verbrauchsdaten, Angaben zum Belieferungszeitraum, Abrechnungsdaten (z. B. Bankverbindungsdaten), Daten zum Zahlungsverhalten.
- 12.4 Der Lieferant verarbeitet die personenbezogenen Daten des Kunden zu den folgenden Zwecken und auf folgenden Rechtsgrundlagen:
- Erfüllung (inklusive Abrechnung) des Energieliefervertrages und Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen auf Anfrage des Kunden auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO sowie der §§ 49 ff. MsbG.
 - Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen (z. B. wegen handels- oder steuerrechtlicher Vorgaben) auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c) DS-GVO.
 - Direktwerbung und Marktforschung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO. Verarbeitungen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen des Lieferanten oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen.
 - Soweit der Kunde dem Lieferanten eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten zur Telefonwerbung erteilt hat, verarbeitet der Lieferant personenbezogene Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO. Eine Einwilligung zur Telefonwerbung kann der Kunde jederzeit gemäß Art. 7 Abs. 3 DS-GVO widerrufen.
- 12.5 Eine Offenlegung der personenbezogenen Daten des Kunden erfolgt - im Rahmen der in Ziffer 12.4 genannten Zwecke - ausschließlich gegenüber folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern: Auskunftsteilen (wie z. B. Creditreform), Abrechnungs- und IT-Dienstleister, Druckdienstleister, Behörden.
- 12.6 Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten an oder in Drittländer oder an internationale Organisationen erfolgt nicht.
- 12.7 Die personenbezogenen Daten des Kunden werden zu den unter Ziffer 12.4 genannten Zwecken solange gespeichert, wie dies für die Erfüllung dieser Zwecke erforderlich ist. Zum Zwecke der Direktwerbung und der Marktforschung werden die personenbezogenen Daten des Kunden solange gespeichert, wie ein überwiegendes rechtliches Interesse des Lieferanten an der Verarbeitung nach Maßgabe der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen besteht, längstens jedoch für eine Dauer von zwei Jahren über das Vertragsende hinaus.

- 12.8. Der Kunde hat gegenüber dem Lieferanten Rechte auf Auskunft über seine gespeicherten personenbezogenen Daten (Art. 15 DS-GVO); Berichtigung der Daten, wenn sie fehlerhaft, veraltet oder sonst wie unrichtig sind (Art. 16 DS-GVO); Löschung, wenn die Speicherung unzulässig ist, der Zweck der Verarbeitung erfüllt und die Speicherung daher nicht mehr erforderlich ist oder der Kunde eine erteilte Einwilligung zur Verarbeitung bestimmter personenbezogener Daten widerrufen hat (Art. 17 DS-GVO); Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 Abs. 1 lit. a) bis d) DS-GVO genannten Voraussetzungen gegeben ist (Art. 18 DS-GVO), Datenübertragbarkeit der vom Kunden bereitgestellten, ihn betreffenden personenbezogenen Daten (Art. 20 DS-GVO), Recht auf Widerruf einer erteilten Einwilligung, wobei der Widerruf die Rechtmäßigkeit der bis dahin aufgrund der Einwilligung erfolgten Verarbeitung nicht berührt (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO) und Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DS-GVO).
- 12.9. Verarbeitet der Lieferant personenbezogene Daten von Mitarbeitern des Kunden, verpflichtet sich der Kunde seine Mitarbeiter darüber zu informieren, dass der Lieferant für die Dauer des Energieliefervertrages die folgenden Kategorien personenbezogener Daten der Mitarbeiter zum Zwecke der Erfüllung des Energieliefervertrages verarbeitet: Kontaktdaten (z. B.: Name, E-Mail-Adresse, Telefonnummer), Daten zur Stellenbezeichnung. Der Kunde informiert die betroffenen Mitarbeiter darüber, dass die Verarbeitung der benannten Kategorien von personenbezogenen Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO erfolgt. Außerdem teilt er den betroffenen Mitarbeitern die Kontaktdaten des Lieferanten als Verantwortlichem sowie des/der Datenschutzbeauftragten des Lieferanten mit.

Widerspruchsrecht

Der Kunde kann der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten für Zwecke der Direktwerbung und/oder der Marktforschung gegenüber dem Lieferanten ohne Angabe von Gründen jederzeit widersprechen. Der Lieferant wird die personenbezogenen Daten nach dem Eingang des Widerspruchs nicht mehr für die Zwecke der Direktwerbung und/oder Marktforschung verarbeiten und die Daten löschen, wenn eine Verarbeitung nicht zu anderen Zwecken (beispielsweise zur Erfüllung des Vertrages) erforderlich ist.

Auch anderen Verarbeitungen, die der Lieferant auf ein berechtigtes Interesse i. S. d. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO stützt, kann der Kunde gegenüber dem Lieferanten aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Kunden ergeben, jederzeit unter Angabe dieser Gründe widersprechen. Der Lieferant wird die personenbezogenen Daten im Falle eines begründeten Widerspruchs grundsätzlich nicht mehr für die betreffenden Zwecke verarbeiten und die Daten löschen, es sei denn, er kann zwingende Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten des Kunden überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist zu richten an: Stadtwerke Gronau GmbH, Laubstiege 19, 48599 Gronau, Telefon 02562/717-717, Fax 02562/717-21003, kundenservice@stadtwerke-gronau.de

13 INFORMATION ZU WARTUNGSDIENSTEN UND -ENTGELTEN/ LIEFERANTENWECHSEL,

- 13.1 Aktuelle Informationen zu Wartungsdiensten und -entgelten sind beim örtlichen Netzbetreiber erhältlich.
- 13.2 Der Lieferantenwechsel erfolgt zügig und unentgeltlich. Nach dem Wechsel ist der Lieferant verpflichtet, dem neuen Lieferanten den für ihn maßgeblichen Verbrauch des vergleichbaren Vorjahreszeitraums mitzuteilen. Soweit der Lieferant aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, den Verbrauch nicht ermitteln kann, ist der geschätzte Verbrauch anzugeben.

14 GERICHTSSTAND

Der Gerichtsstand für Kaufleute i.S.d. Handelsgesetzbuches, juristische Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtliche Sondervermögen ist ausschließlich der Sitz der Stadtwerke Gronau GmbH (Laubstiege 19, 48599 Gronau). Das gleiche gilt, wenn der Kunde keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat.

15 INFORMATIONEN ÜBER ENDEENERGIEEFFIZIENZ UND ENERGIEDIENSTLEISTUNGEN

Informationen zu Maßnahmen zur Energieeffizienzverbesserung und der Energieeinsparung sowie Kontaktmöglichkeiten zu Verbraucherorganisationen, Energieagenturen oder ähnlichen Einrichtungen erhalten Sie unter www.stadtwerke-gronau.de. Weitere Informationen dazu erhalten Sie auch auf den Internetseiten www.bfee-online.de, www.verbraucherzentrale.de sowie unter www.energieagenturen.de.

16 SONSTIGES / KOSTENPAUSCHALEN

Die SWG berechnet im Falle des Zahlungsverzugs gemäß Ziff. 5.2. bzw. der Unterbrechung der Versorgung sowie der Wiederherstellung der Versorgung gemäß Ziff. 9.3. folgende Pauschalen:

	netto	brutto
Mahnung	2,55 €*	
Nachinkassogang	13,00 €*	
Unterbrechung der Versorgung	20,00 €*	
Wiederherstellung der Versorgung	42,86 €	51,00 €

Die übliche Arbeitszeit ist von Montag bis Donnerstag zwischen 8:00 Uhr und 17:00 Uhr und am Freitag von 8:00 Uhr bis 13:00 Uhr. Samstage, Sonntage, gesetzliche Feiertage in NRW sowie der 24.12. und der 31.12. sind nicht Bestandteil der üblichen Arbeitszeit. Der Kunde hat der SWG anfallende Bankgebühren für Rücklastschriften zu erstatten.

Die Bruttopreise enthalten die Umsatzsteuer in der im Liefer-/Leistungszeitpunkt jeweils gesetzlich vorgeschriebenen Höhe (derzeit 19 %). Die mit * gekennzeichneten Beträge unterliegen nicht der Umsatzsteuer.

17 SCHLUSSBESTIMMUNGEN






Diese Bedingungen sind abschließend. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen davon unberührt.

Die Abbildung der Stromkennzeichnung gem. § 42 EnWG ist nachfolgend aufgeführt.

Die von den Stadtwerken Gronau GmbH im Jahr 2017 gelieferte Strommenge an Letztverbraucher gem. § 60 Abs. 1 EEG beträgt 383.263.098 kWh.

Davon betreffen 10.553.366 kWh Stromlieferungen im Rahmen der Besonderen Ausgleichsregelung gem. § 63 ff. EEG.

Damit sind folgende Umweltauswirkungen verbunden: 210 g/kWh CO₂-Emissionen (Durchschnittswert Deutschland 2017: 435 g/kWh, Quelle BDEW) und 0,0002 g/kWh radioaktiver Abfall (Durchschnittswert Deutschland 2017: 0,0003 g/kWh, Quelle BDEW)

	Gesamtstrommix Stadtwerke Gronau	Energieträgermix Privilegierte(r) Kunde(n)	EXTRA ^{stromNatur} Stadtwerke Gronau	Verbleibender Energieträgermix Stadtwerke Gronau	Strommix in Deutschland zum Vergleich*
STROMKENNZEICHNUNG gemäß § 42 Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005, geändert 2014. Angaben auf der Basis vorläufiger Daten für das Jahr 2017					
Kernkraft	5,7%	11,5%	0,0%	5,9%	12,7%
Kohle	19,2%	38,3%	0,0%	19,6%	38,1%
Erdgas	7,3%	14,5%	0,0%	7,4%	10,2%
Sonstige Fossile Energieträger	0,9%	1,8%	0,0%	0,9%	2,4%
Erneuerbare Energien, gefördert nach EEG	51,7%	8,0%	52,9%	52,9%	33,1%
Sonstige Erneuerbare Energien	15,2%	26,0%	47,1%	13,3%	3,5%
CO ₂ -Emissionen	210 g/kWh	419 g/kWh	0 g/kWh	215 g/kWh	435 g/kWh
Radioaktiver Abfall	0,0002 g/kWh	0,0003 g/kWh	0,0000 g/kWh	0,0002 g/kWh	0,0003 g/kWh

* Durchschnitt: Allgemeine Versorger und private Einspeiser

Quelle: Stadtwerke Gronau, BDEW